

# Für eine neue Gerechtigkeitskultur

*Vor einem halben Jahr initiierte forum eine Serie zur Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise. Wir baten politische Parteien, ihre Ursachenanalyse und Überwindungsstrategien vorzustellen. Nach Déi Lénk (Nr. 315), der DP (Nr. 317) und Déi Gréng (Nr. 318), ist es in dieser Nummer an der LSAP ihre Positionen darzulegen.*

Lucien Lux

Am vergangenen 11. Mai sorgte eine Meldung aus New York für Aufsehen an den internationalen Finanzmärkten und in der Wirtschaftspresse: Die Londoner Filiale der US-amerikanischen Großbank JPMorgan Chase hat innerhalb von nur sechs Wochen rund 2 Milliarden US-Dollar verzockt, weitere Verluste nicht ausgeschlossen. Auslöser dieser gigantischen Verluste waren Spekulationsgeschäfte mit Kreditausfallversicherungen, jenen Papieren also, die seit 2007 eine Hauptrolle in der Finanzkrise gespielt haben und seither nur noch mit dem Adjektiv „toxisch“ in Verbindung gebracht werden. Haben die Märkte, die Banken und Fonds, die Manager und *Broker* ihre Lektion nach fünf Jahren Bankenkrise also immer noch nicht gelernt? Geht es so weiter wie bisher, *business as usual*? Und was kann die Politik dagegen tun?

Der Fall JPMorgan zeigt erneut, dass es an der Wall Street und in der City immer noch nicht zu einem Mentalitätswandel gekommen ist. Eine der Ursachen für diese Uneinsichtigkeit ist vermutlich, dass die Verantwortlichen solcher Pleiten persönlich kaum etwas zu befürchten haben. Wenn „Köpfe rollen“, dann haben die Betroffenen ihre Schäfchen längst ins Trockene gebracht, oder werden nicht selten sogar noch mit einem *golden handshake* in Millionenhöhe verabschiedet. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf. Nicht nur, um finanzielle Exzesse zu unterbinden (Millionengehälter und -boni können in keinem angemessenen Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen), sondern auch, um im Vorfeld falsche Anreize zu vermeiden. Nicht der schnelle Profit darf belohnt werden, sondern nur der langfristige, nachhaltige Unternehmenserfolg.

Der Fall JPMorgan macht aber auch deutlich, dass das Regulierungsnetz der Finanzmärkte und -institute immer noch nicht engmaschig genug geknüpft ist. Die Staats- und Regierungschefs der G8- bzw. G20-Staaten waren 2008 als Tiger losgesprungen, um den zügellosen Finanzkapitalismus zu bändigen und die Märkte in den Griff zu bekommen. Sie sind als Bettvorleger gelandet. Viel mehr als ein paar Absichtserklärungen und eine Initiative der größten Weltmächte gegen ein paar Offshore-Steueroasen kam auf globaler Ebene nicht dabei heraus.

Zumindest die EU hat in bescheidenem Umfang reagiert: nach Jahren und Jahrzehnten der Liberalisierung der Finanzmärkte hat sie mit der Gründung gemeinsamer Aufsichtsbehörden für das Banken-, Versicherungs- und Wertpapierwesen, der Schaffung eines European Systemic Risk Board, der Regulierung alternativer Anlagefonds (insbesondere Hedgefonds) und verschiedener Finanzderivate, neuen Eigenkapitalvorschriften, Vorschlägen zur Reform der Rating-Agenturen usw. begonnen, die Deregulierungswelle der vergangenen Jahrzehnte teilweise zurückzunehmen und die fortschreitende Integration der Finanzindustrie durch eine europäische Regulierung und Überwachung politisch nachzuvollziehen. Die Arbeit hat jedoch erst begonnen und muss zu Ende gebracht werden, wenn wir eine ähnliche Krise des Finanzsystems in Zukunft verhindern wollen.

---

**Geschäftsmodelle, die ausschließlich auf Regulierungslücken oder Steuervorteilen beruhen, sind nicht zukunftsfähig und sollten nicht von der Regierung weiter verfolgt oder gefördert werden.**

---

---

Lucien Lux ist Präsident der LSAP-Fraktion in der Abgeordnetenkommission.

Weltweite Initiativen zur Eindämmung der Spekulation, insbesondere die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer (FTT), scheitern bisher jedoch am Widerstand vieler Regierungen, auch in Europa. Auch die luxemburgische Regierung tat sich bislang sichtlich schwer damit, eine einheitliche Linie in der Frage der FTT zu finden. Während Premierminister und Eurogruppenchef Juncker mal von einer EU-weiten Transaktionssteuer sprach, dann wiederum von einem möglichen Alleingang der Eurozone, stärkte Finanzminister Frieden mit seiner unrealistischen Maximalforderung nach einer weltweiten Einführung der FTT von Anfang an das Lager der Verhinderer. Das (vorläufige) Ende der Geschichte ist bekannt: In seiner Rede zur Lage der Nation erteilte nun auch der Premier der FTT eine Abfuhr.

Die LSAP hat sich in den letzten Jahren stets für die Einführung einer FTT ausgesprochen und wird sich, gemeinsam mit den anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa, auch weiterhin dafür einsetzen. Die FTT wäre nicht nur ein geeignetes Instrument, um die Spekulation einzudämmen, sondern auch ein Mittel, um den Finanzsektor an den enormen Kosten der Finanzkrise zu beteiligen.

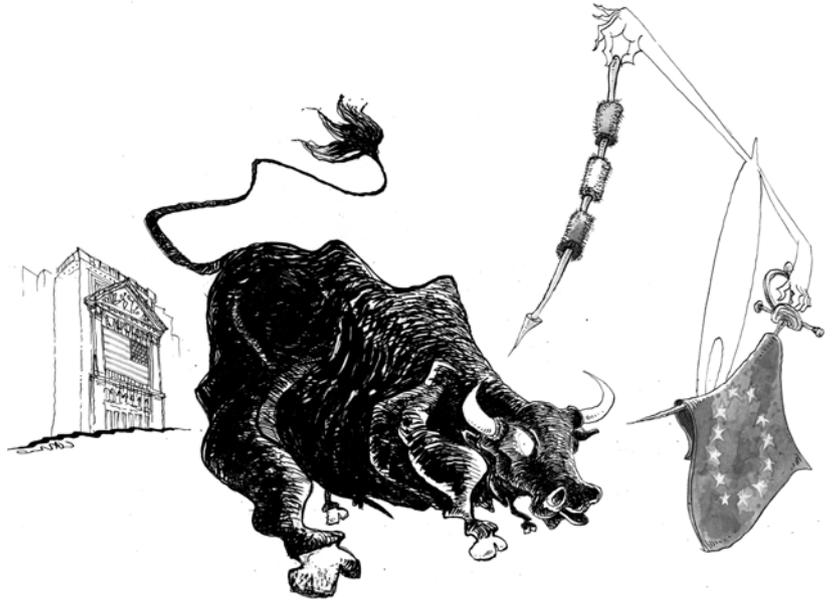
Als Luxemburger müssen wir uns jedoch bewusst sein, dass ein Zurechtstutzen der internationalen Finanzwelt auf ein Maß, das in einem gesunden Verhältnis zur Realwirtschaft steht, bedeutet, dass auch der hiesige Finanzplatz in Zukunft weniger schnell wachsen könnte als in den vergangenen drei Jahrzehnten.

Die LSAP tritt deshalb, neben einer allgemeinen Diversifizierung unseres Wirtschaftsgefüges, für eine Weiterentwicklung Luxemburgs als Finanzplatz ein, der auf Seriosität, Solidität und Kompetenz aufbaut. Geschäftsmodelle, die ausschließlich auf Regulierungslücken oder Steuervorteilen beruhen, sind nicht zukunftsfähig und sollten weder von den ansässigen Instituten, noch von der Regierung weiter verfolgt oder gefördert werden.

### **Krisenmanagement à la Merkozy**

Der Weg, der die Welt von der größten Finanzkrise zur größten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre führte, ist hinlänglich bekannt. Trotz billionenschwerer Kapitalspritzen und Garantien für den Bankensektor konnte ein Übergreifen der Krise von den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft nicht vermieden werden.

In einer ersten Reaktion beschloss die EU Ende 2008, Anfang 2009, die Rezession mit einem anti-



zyklischen Konjunkturprogramm zu bekämpfen. Auch Luxemburg beteiligte sich mit einem eigenen Maßnahmenpaket an dieser Politik.

Doch schon bald wurde deutlich, dass die ohnehin hoch verschuldeten Staaten Europas nicht dauerhaft weitere Defizite würden akkumulieren können, und so begann die Suche nach einer geordneten Exit-Strategie, die jedoch im Frühjahr 2010 von der Griechenland-Krise eingeholt wurde.

Von nun an häuften sich die Gipfeltreffen, und das ungleiche Duo Merkel-Sarkozy führte stets die Regie. Insbesondere die konservativ-liberale Bundesregierung stellte unter dem Druck der öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Deutschland harte Bedingungen für eine finanzielle Unterstützung der Euro-Schuldnerländer.

Der eingeschlagene Sanierungskurs sieht vor, dass die Krisenländer reformieren und sparen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden und die öffentlichen Haushalte ins Gleichgewicht zu bringen. Für Griechenland, Portugal und Irland, aber auch für Spanien und Italien bedeutet das konkret die Umsetzung einer Austeritätspolitik bestehend aus Lohn- und Rentenkürzungen von bis zu 30 %, massiven Kürzungen der öffentlichen Ausgaben u. a. durch Einschnitte bei den Sozialleistungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst, Verkauf staatlichen Eigentums, Steuererhöhungen usw.

Auf europäischer Ebene fand die Sparpolitik ihren Niederschlag in der Verschärfung der Maastricht-Regeln, in einer neuen Prozedur zur Überwachung der gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte, und



„Bankraub ist eine Unternehmung von Dilettanten. Wahre Profis gründen eine Bank?“ (Bert Brecht)  
Eine Sicherheitskamera zeichnet einen Bankraub auf.

schließlich im sogenannten Fiskalpakt, einem Vertrag zwischen 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten, der u. a. die Einschreibung einer Schuldenbremse in die nationalen Verfassungen vorsieht.

### Operation gelungen, Patient tot?

Nach drei bis vier Jahren Krisenmanagement à la Merkozy stellt sich die Frage nach dem Ergebnis dieser Politik. Zwar sind die öffentlichen Defizite in der EU 2011 erstmals langsam wieder geschrumpft, doch der erneute Konjunkturereinbruch gegen Ende des vergangenen Jahres, der bis ins erste Semester 2012 andauert, relativiert diesen Erfolg gleich wieder.

Zu besonderer Besorgnis gibt weiterhin Griechenland Anlass\*: Trotz Schuldenschnitt bleibt die Lage des Landes katastrophal. Die soziale Situation verschärft sich zusehends, ganze Bevölkerungsschichten drohen zu verarmen. Nach monatelangen, teils gewalttätigen Protesten gegen die Regierung und den auferlegten Sparkurs, hat das Ergebnis der Parlamentswahl am 6. Mai 2012 das Land auch politisch destabilisiert.

Zumindest im Falle Griechenlands muss man feststellen, dass die Operation misslungen ist und der Patient auf der Intensivstation liegt. In Irland und Portugal könnte die Medizin wirken, Spanien, Italien und auch Frankreich bleiben weiterhin unter Beobachtung.

Diese Entwicklung in einigen Krisenländern hat die Kräfte des linken politischen Spektrums in Europa schon vor längerer Zeit dazu bewogen, eine Kurskorrektur von den mehrheitlich konservativ-liberal geführten EU-Regierungen einzufordern. Anstatt einseitig auf eine Austeritätspolitik zu setzen, die die betroffenen Länder in eine negative Spirale aus Rezession, Sozialabbau und weiterer Verschuldung

treibt, sollte alles unternommen werden, um parallel zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch gezielte Reformen und Investitionen die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, das Wachstum zu stimulieren, Arbeitsplätze zu schaffen und neue Einnahmen zu generieren.

Mit dem Sieg François Hollandes bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich scheint es nun endlich möglich zu sein, die Akzente im Rahmen der europäischen Krisenbewältigung neu zu setzen, für mehr Wachstum, aber vor allem auch für mehr soziale Gerechtigkeit. Denn eines wird aus den Entwicklungen der letzten Jahre deutlich: Die Menschen in Europa sind nicht mehr bereit zuzuschauen, wie die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden. Sie sind auch nicht länger bereit hinzunehmen, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte, für die es durchaus Verständnis und Zustimmung gibt, alleine auf dem Rücken des „kleinen Mannes“ abgeladen werden soll.

Als sozialistische Partei und Teil der europäischen Sozialdemokratie kann die LSAP diese Entwicklung nur begrüßen und unterstützen. Es wird Zeit für eine neue Gerechtigkeitskultur, ein soziales Europa und eine Renaissance des europäischen Sozialmodells!

### Keine Austerität in Luxemburg

Wie stellt sich die Situation in Luxemburg dar? Lange Jahre verzeichnete unser Land hohe Haushaltsüberschüsse, die nicht zuletzt auf die sprudelnden Einnahmen aus den Boomjahren des Finanzplatzes, aus dem Tanktourismus und dem elektronischen Handel zurückzuführen waren.

Diese gesunde Ausgangslage der Staatsfinanzen erlaubte es der Regierung in den Jahren 2009 und 2010, eine antizyklische Haushaltspolitik zu betreiben, die Kaufkraft der Haushalte zu unterstützen und das Investitionsniveau hoch zu halten. Es war jedoch insbesondere dem großzügigen Umgang mit der Kurzarbeit zu verdanken, dass die Rezession nicht zu einem dramatischeren Abbau von Arbeitsplätzen geführt hat.

Dennoch gilt es festzustellen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Spuren auch in Luxemburg hinterlassen hat. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2009 um über 5% eingebrochen, und das bescheidene Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat es nicht vermocht, diesen Rückgang vollständig zu kompensieren. Somit lag der geschaffene Mehrwert unserer Volkswirtschaft 2011 immer noch leicht unter dem Niveau von 2007! Auch einige soziale Indikatoren stehen auf orange: die Zahl der Arbeitslosen ist

– trotz aktiver Beschäftigungspolitik – auf aktuell rund 15 000 angestiegen, die Zahl der RMG-Empfänger und der Menschen, die unter das statistische Armutsrisiko fallen, steigt ebenfalls.

Umso wichtiger ist es festzuhalten, dass die Regierung, als sie 2011 begann, auf einen Konsolidierungskurs einzuschwenken, dies auf Druck des sozialistischen Koalitionspartners behutsam getan hat. Während die Sparvorschläge von Finanzminister Frieden sehr einseitig auf der Ausgabenseite (Arbeitnehmer, Familien, Soziales) ansetzten, konnte sich die LSAP mit ihrer Forderung nach einem sozial ausgewogenen Maßnahmenpaket durchsetzen.

So konnte erreicht werden, dass Familien und Haushalte mit niedrigen Einkommen von den Sparmaßnahmen weitgehend verschont blieben, während Haushalte mit hohen und sehr hohen Einkommen durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Solidaritätsabgabe und die Einführung einer Krisensteuer stärker belastet wurden. Mit einer neuen Minimalbesteuerung der Finanzbeteiligungsgesellschaften (SOPARFI) musste auch der Finanzsektor seinen Beitrag zur Haushaltssanierung leisten. Eine Austeritätspolitik, wie sie in vielen anderen Ländern betrieben wurde, blieb Luxemburg und seinen Einwohnern und Arbeitnehmern erspart.

Ein unnötiges Opfer hat die Auseinandersetzung um das Sparpaket dennoch gefordert: Der Sozialdialog im Rahmen der Tripartite, der uns in der Vergangenheit manch guten Dienst vor allem in Krisenzeiten erwiesen hat, ist gescheitert. Die LSAP wird alles in ihrer Macht stehende tun, um das Luxemburger Sozialmodell, das zu einem unbestreitbaren Wettbewerbsvorteil geworden war, wiederzubeleben, vorausgesetzt, die Sozialpartner sind dazu bereit und fähig.

Die erneute Zuspitzung der Schuldenkrise seit Herbst 2011 und die eingetrübten Konjunkturperspektiven haben nun auch die Haushaltslage in Luxemburg wieder verschärft, weshalb die Regierung beschlossen hat, für das Haushaltsjahr 2013 ein neues Konsolidierungspaket auf den Weg zu bringen. Dieses Paket orientiert sich an den gleichen Prinzipien eines gerechten Lastenausgleichs wie das vorangegangene Paket. Die starken Schultern in unserer Gesellschaft werden mehr tragen als die schmalen, der Staat selbst wird noch einmal sein eigenes Ausgabenverhalten überprüfen, und die Unternehmen werden auch diesmal an den Kosten beteiligt.

Ziel der Regierung bleibt es, mittelfristig einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu erreichen. Das bedeutet allerdings, dass im eigentlichen Staatshaus-



Eine Sicherheitskamera zeichnet einen Bankraub auf.

halt weiterhin ein hohes Defizit von ca. einer Milliarde Euro jährlich bestehen bleiben wird, das über Kredite finanziert werden muss. Trotz des Konsolidierungskurses könnte die Verschuldung Luxemburgs somit von heute knapp acht Milliarden Euro auf über 13 Milliarden Euro im Jahre 2015 ansteigen. Die daraus resultierende Zinslast würde von derzeit gut 200 Millionen Euro auf deutlich über 300 Millionen Euro jährlich ansteigen.

Diese Zahlen sind zwar nur eine Momentaufnahme, sie verdeutlichen jedoch, dass die CSV-LSAP-Koalition nicht spart um des Sparens Willen, sondern um dem Staat auch in Zukunft noch den finanziellen Spielraum zu erhalten, den er benötigt, um politisch gestalten und auf die Herausforderungen der Zeit reagieren zu können. Drei Bereiche genießen hierbei für die LSAP oberste Priorität: Die Wohnungspolitik, die Bildungspolitik, und die Mobilitätspolitik.

Doch neben der Konsolidierung des Budgets hat sich die Regierung einer weiteren Aufgabe verschrieben: Unter maßgeblicher Beteiligung der LSAP hat sie begonnen, die nötigen Strukturreformen umzusetzen, die unser Land braucht, um sich wirtschaftlich und sozial auf die Zukunft vorzubereiten: Gesundheitsreform, Rentenreform, Reformen im Bildungswesen, Reform der Arbeitsmarktverwaltung usw.

Eine weitere „Baustelle“ bleibt unser Steuersystem. Auch hier drängen sich Reformen auf, um zu einer neuen Einnahmenkultur zu gelangen. Wir müssen das Verhältnis von indirekten und direkten Steuern, von Unternehmensbesteuerung und Personenbesteuerung neu austarieren, und die Erfassung und Besteuerung von Kapital und Kapitalerträgen gerechter regeln. ♦

\* Der vorliegende Beitrag wurde am 16. Mai 2012 verfasst. Er trägt daher den Entwicklungen, die sich bis zu seiner Veröffentlichung insbesondere in Griechenland ergeben haben könnten, nicht Rechnung.